

Letzte Woche wurden in verschiedene Tamedia-Zeitungen neue wissenschaftliche Erkenntnisse zur räumlichen Verteilung der Bevölkerung nach sozioökonomischem Status veröffentlicht¹. Besonders deutlich zeichnen sich Segregationstendenzen in grossen Städten ab. Auffällig dabei ist die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit einem vergleichsweise geringeren sozioökonomischen Status in der Nachbarschaft von grossen Bahn-, Industrie-, und Gewerbearealen sowie um Infrastrukturbauten. Historisch gewachsen und aktuell sind an diesen Wohnstandorten die «sogenannten immobilienökonomischen Lagequalitäten» nach wie vor geringer und es finden sich dementsprechend noch die vergleichsweise «bezahlbarsten» Wohnungen. Stadtentwicklungspolitisch initiierte Aufwertungsmassnahmen erhöhen die politisch erwünschte Lebensqualität in diesen Nachbarschaften. Die Kehrseite davon ist, dass sich auch die immobilienökonomischen Anreize ändern. Es entsteht die Opportunität die Mieten an diesen Standorten zu erhöhen und die bisherige Bewohner:innen durch zahlungskräftigere Mieter:innen auszutauschen. In der wissenschaftlichen Literatur wird dieser Prozess von Aufwertung und Verdrängung als Gentrifizierung beschrieben. Neben der «klassischen Aufwertung» im Quartier, können auch Neubauaktivitäten in der Nachbarschaft diese Verdrängungsprozesse auslösen und befeuern (Neubau-Gentrifizierung).

Wird die räumliche Verteilung der Bevölkerung nach sozioökonomischem Status im Kanton Basel-Stadt betrachtet, zeigt sich eine deutliche Ungleichheit. Die ärmeren Schichten konzentrieren sich in den nördlichen Basler Quartieren, namentlich im Klybeck, in Kleinhüningen, im Rosental sowie in den ehemaligen Arbeiter:innenquartieren St. Johann und Gundeldingen. Gerade die nördlichen Quartiere werden in den nächsten Jahrzehnten massiv von den baulichen Auswirkungen auf den sogenannten Transformationsarealen betroffen sein. Es entstehen komplett neue Stadtteile mit Grün- und Freiflächen, sowie öffentlichen Infrastrukturen und neuen Arbeitsplätzen. Diese Aufwertung wird auch die immobilienökonomische Anreizstruktur in den Bestandsquartieren markant verändern. Dies erhöht die Verdrängungsgefahr für die lokale Bevölkerung, insbesondere für die sozioökonomisch vulnerabelsten Schichten. In mehreren öffentlichen Begleitveranstaltungen zu diesen Transformationen wurde von Regierungsvertretungen und/oder Verwaltungsangehörigem bestätigt, dass diese Entwicklungen nicht zu Lasten der Bestandsquartieren erfolgen dürfe². Aufgrund dieser Zusammenhänge stellen sich folgende Fragen.

1. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass die Bevölkerung in den entsprechenden Quartieren einer erhöhten Verdrängungsgefahr ausgesetzt ist?
2. Wie (mit welchen Massnahmen und Ansätzen) will der Regierungsrat die Verdrängung der lokalen Bevölkerung verhindern?
3. Ist der Regierungsrat bereit dafür ein entsprechendes regelmässiges Monitoring mit entsprechendem öffentlichen Reporting aufzubauen (bspw. mit Steuerdaten)?
4. Welche Massnahmen und/oder Handlungsansätze wurden in diesem Zusammenhang bereits ergriffen?
5. Welche Massnahmen und/oder Handlungsansätze sind für die Linderung der Verdrängungsgefahr geplant und werden noch folgen?
6. Wie wird die Öffentlichkeit und insbesondere die lokale Bevölkerung in den betroffenen Quartieren darüber informiert?

¹ vgl. <https://www.bazonline.ch/armut-und-reichtum-in-der-schweiz-diese-karte-zeigt-wo-die-privilegierten-wohnen-898746224551>

² bspw. <https://www.youtube.com/watch?v=5x9tdB9p2fo>